Standpunkt

Sozialistische Zeitung für Duisburg

Nr. 68
August / September
18. Jahrgang
kostenlos

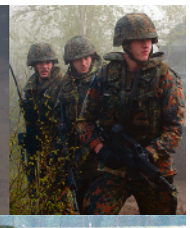
2 Duisburg kann Widerstand

9 Schul"entwicklung" Duisburg?

10 Erfolgreiche Aktionen

Beilage Ratsfraktion:
Finden Sie im Innenteil

Bericht Ratssitzung: Peinliche Blockaden



Ohne Frieden ist alles nichts...

Jens Gieseler,
Redaktion Standpunkt

Im Im Alltag unserer Stadt wird verdrängt, dass immer mehr Kriege und bewaffnete Konflikte die Menschheit belasten. Auch wenn es auf den ersten Blick absurd klingt: Alltagssorgen oder wachsende Angst vor Altersarmut hängen unmittelbar mit dem Thema Krieg und Frieden zusammen.

Seit 1966 wird der 1. September in der Bundesrepublik als Antikriegstag begangen. Er erinnert an den Überfall der Nazi Wehrmacht auf Polen und damit an den Beginn des Zweiten Weltkriegs. Nach der Befreiung und dem Ende des Weltkriegs zerfiel die Welt in zwei Machtblöcke, zwei deutsche Staaten entstanden. Die DDR gehörte dem östlichen Warschauer Pakt an, die BRD trat dem westlichen Bündnis der NATO bei. In den 1990er Jahren zerfiel der Warschauer Pakt und die Sowjetunion. Doch die NATO blieb nicht nur bestehen. Ohne eine konkrete Gefahrensituation vergrößerte sie sich weiter Richtung Osten und verstieß damit gegen Abkommen mit Russland. Die NATO versicherte, nach der Ausweitung der Bundesrepublik auf die neuen Bundesländer und damit einer Vergrößerung des NATO-Gebiets nicht weiter Richtung Osten vor zu dringen. Das tat sie dennoch und trat damit eine Angstspirale los: Angst vor tatsächlichen oder vermeintlichen Gegnern zu schüren, war schon immer ein Mittel imperialer Mächte, die eigenen Macht auch militärisch auszubauen. Länder wie die baltischen Staaten und Polen haben „Angst“ wieder unter eine Vorherrschaft Russlands zu kommen und traten der NATO bei. Damit rückte die NATO aber direkt an die Grenze Russlands, das nun wiederum „Angst“ vor der NATO bekam, die direkt an der russischen Grenze Übungen durchführt, und versucht seinen Einfluss im Vorfeld zu sichern. Der Bürgerkrieg in der Ukraine, aber auch in Syrien ist eine Folge von diesen entgegengesetzten militärisch ausgetragenen Machtinteressen. Russland unter Putin folgt in dieser Logik hegemonialen Interessen, als sei der Kalte Krieg nie beendet worden. Diese Spirale gegenseitiger Provokationen, Säbelgerassele und Aufrüstung scheint unaufhaltsam auf eine weitere Eskalation hinauszulaufen. In diesem Jahr wurde entschieden, eine gegen Russland gerichtete mobile Einsatztruppe von 30000 Soldat*innen unter deutschem Kommando und eine neue NATO-Kommandozentrale in Deutschland zu errichten.

Rüstungskosten und Kriege belasten Duisburg

Gleichzeitig wird eine Forderung des US-Präsidenten Donald Trump erfüllt, das Budget der Bundeswehr für weitere Aufrüstungsprojekte massiv anzuheben, damit die Bundeswehr „ihre Aufgaben auch im Ausland wahrnehmen kann“. Geld, das z.B. in Duisburg an allen Ecken fehlt. Der Wehretat im Jahr 2018 beträgt rund 38,5 Mrd. €.

Zum Vergleich: Für Bildung plant Finanzminister Scholz (SPD) lediglich 17,6 Mrd. € ein. In Duisburg fehlen aber Schulen und etliche Lehrer*innen. Mit dem Plan „gute Schule 2020“ können gerade einmal die Schultoiletten ertüchtigt werden. Gute Bildung braucht viel mehr. Der Etat für Verkehr und Infrastruktur wurde um 0,4% gesenkt, obwohl Duisburgs Straßen zerfallen und der öffentliche Nahverkehr vollkommen überlastet ist. Die Überschuldung der Stadt verhindert Hilfsmaßnahmen für bedürftige Menschen. Die Alltagsprobleme hängen also indirekt auch mit den Kriegsbeteiligungen der Bundesrepublik zusammen.

Die NATO führt seit dem Zerfall der Sowjetunion Angriffskriege: Bekannteste Beispiele sind der Jugoslawien- und der Afghanistankrieg. Entgegen der Behauptung Frieden zu sichern, sind in beiden Regionen immer noch NATO-Soldaten stationiert, weil die Sicherheit nicht gewährleistet ist. Jede Intervention und sogenanntes „Nation Building“ hat die Situation in den betroffenen Ländern nur verschlimmert. Opferzahlen, Kriegsflüchtlinge, usw. schnellten in die Höhe, in In den meisten Einsatzgebieten schwelen heute noch Bürgerkriege und diese Länder werden als gescheiterte Staaten (failed states) bezeichnet.

Hinzu kommt, dass deutsche Kriegseinsätze (übrigens auch in Afrika) und ganz besonders deutsche Waffen Menschen in die Flucht zwingen.
In Duisburg leben viele Menschen mit Wurzel all dieser Länder, die miteinander in Konflikt liegen. Kriege können also auch in unserer Stadt zu Konflikten führen, wie es dies auch schon vorgekommen ist.

Es wird Zeit, dass die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger Duisburgs nicht nur am 1. September, dem Antikriegstag, deutlicher werden und wir alle sagen: „Stoppt die Kriege! Geld für Kinder nicht für Kanonen!“Denn ohne Frieden ist alles Nichts.

» Weiter auf Seite 3

Willkommen in Duisburg – Eine Stadt mit Potential

Jens Gieseler,
Redaktion Standpunkt

■ Duisburg ist eine Stadt mit enormen Potential. Gelegen zwischen Rhein- und Ruhrauen, der malerischen Sechs-Seen-Platte, postindustriell kreativen Ansätzen wie dem Landschaftspark Nord und einer Bausubstanz zwischen nüchternem Bauhaus und verspieltem Jugendstil, in denen schöpferische Köpfe neben Lehmbruck-Skulpturen die Zukunft neu denken. Sätze wie diese könnten eine Hochglanz Werbebroschüre von Medienagentur XY schmücken. Wenn nicht... Wenn nicht der Geist der Stadt aus dem Asbestgestank des bröckelnden 50er Jahre Betons, den Benzinlungen der Autobahnen, neoliberalem SPD-Verwaltungsfilz und eigens produzierter Massenarmut bestünde. Zieht es einen trotzdem in diese (schöne?) Stadt am Rhein, darf man sich zunächst, solange man nicht zum vornehmen Club der Immobilienbesitzer zählt, mit dem Duisburger Wohnungsmarkt herumschlagen. Hier sind Bonitätsauskunft und weitere Selbstentblößungen Pflicht, um schließlich mit heruntergelassenen Hosen das große Los zu ziehen in einer unrenovierten Nikotinwohnung eigenhändig den Immobilienwert für den Miethai zu pushen und nebenbei das Benzingeld für dessen Porsche zusammenzukratzen. Hat er diese Hürde genommen darf der künftige Duisburger Neubürger hautnah erleben wie das Duisburger Bezirksamt kurz vor dem Kollaps steht. Nach sechs Wartestunden kann er aus den Neonlampenwartezimmern der Betonmacht in Kafkas Schloss vordringen und trifft dort auf überarbeitete SachbearbeiterInnen, die ihn in fabrikähnlicher Akkordarbeit zum Duisburger machen.
Bekäme er nun eine ehrliche Informationsbroschüre für Duisburger Neubürger überreicht, müsste er folgendes lesen: Duisburg ist eine Stadt mit Potential. Hier üben kreative Köpfe Miethaie zu Fischstäbchen zu machen und nichts weniger zu tun, als dem neoliberalen Filz der Mangelverwaltung den Kampf anzusagen. Duisburg: Das ist auch das schöpferische Potential von Widerstand gegen Ausbeutung und Zerstörung von Lebensqualität.

Schlechter Heimatfilm oder Politik für die Menschen?

Horst Werner Rook
Sprecher des Ortsverbands Mitte -
DIE LINKE Duisburg

■ Im Hochsommer das kalte Grausen! Seehofer, Söder und Spahn laufen der AfD hinterher. Merkel lässt sich von der CSU auf der Nase herumtanzen und von den Rechtspopulisten die Asylpolitik diktieren. Sahra Wagenknecht erinnert der Streit von Merkel und Seehofer „mehr an einen schlechten Heimatfilm als an seriöse Regierungspolitik“. Dabei ist die Bilanz der Groko erschreckend. Innenminister Seehofer und Gesundheitsminister Spahn sägen am Stuhl der Kanzlerin statt sich um ihre eigenen Ressorts zu kümmern. Denn gegen Wohnungsnot und Pflegenotstand gäbe es wahrlich genug zu tun.

Merkel und Seehofer in Hassliebe vereint

Für die Bekämpfung der Wohnungsnot stellt die Regierung viel zu wenig Geld für Sozialwohnungen bereit, um eine Trendwende am Wohnungsmarkt zu erreichen. Die Klimaziele werden ignoriert und verfehlt. Bei der Energiewende steht man weiter auf der Bremse und lässt die Autolobby beim Dieselskandal ungeschoren.

Trotz des dramatischen Pflegenotstands sind die versprochenen 13 000 Pflegestellen angesichts der rund 140 000 fehlenden Pflegekräfte in Alten- und Krankenpflege ein übler Scherz. Diese Regierung, wo jeder dem Anderen ein Bein stellt, ist sich selbst die härteste Opposition – aber von rechts. Was die Menschen in unserem Land brauchen, ist dagegen eine starke, soziale Opposition im Parlament und auf der Straße. Das ist DIE LINKE, die im Sommer und Herbst mit vielen Aktionen Druck ausüben wird, für eine sozial gerechte Politik für die Menschen.

Duisburg kann Widerstand!

Über die oft vergessenen Erfolge außerparlamentarischer Politik

Lukas Hirtz
Sprecher des Kreisverbands
DIE LINKE Duisburg

■ **„Was sollen wir denn machen? Die machen doch eh, was die wollen!“, hört man fast täglich in Duisburg. Viele Menschen sind resigniert, auch was die Stadtpolitik angeht.**

Ein paar hundert Meter weiter wehren sich AnwohnerInnen in der BI „Hornitexter“ gegen die Erweiterung des Industriegebiets auf dem ehemaligen Hornitex Gelände. Weder die Einrichtung eines Logstikzentrums konnte verhindert werden, noch die nördliche Ausweitung. Aber Erfolge sind, dass es nun eine Verkehrsleitung gibt, die Hallen sind nicht so hoch

Protest gegen den neuen Flächennutzungsplan

Dabei vergessen sie, dass besonders Duisburg viele Beispiele von erfolgreichen Widerständen hat. Berühmtestes Beispiel ist das Abwahl von dem damaligen OB Sauerland, der für die Loveparade-Katastrophe nicht juristisch belangt werden konnte, aber durch die Bürger vorzeitig abgewählt wurde. Danach wurde Sören Link gewählt, der einen Neuanfang und mehr Mitmachmöglichkeiten versprach. Davon ist nichts geblieben.

Deshalb formiert sich immer häufiger Protest und Widerstand. So ist es nun 5 Jahre her, dass das Kombibad Homberg nach einem Bürgerentscheid vor der Schließung bewahrt wurde. Es werden nicht immer 100% der Ziele, aber große Erfolge erreicht: So wird das Hallenbad in Homberg nun durch einen Verein betrieben. Aber das Hallenbad steht noch und auch das Freibad ist den Menschen erhalten geblieben. Beides sollte komplett geschlossen werden.

wie genehmigt, es wird ökologischen Ausgleich geben und die nördliche Ausweitung wurde um die Hälfte reduziert.

Die BI für das Kombibad wurde von DIE LINKE. initiativ mitgegründet, im Vorstand begleitet, durch etliche Aktionen unterstützt und die Hornitexter wurden nah begleitet. Gerne bietet der Kreisverband DIE LINKE. Duisburg, wo es politische Übereinstimmungen gibt, Unterstützung in den verschiedensten Formen, an.

So unterstützt DIE LINKE. sowohl im Rahmen des Bündnisses INTAKT, als auch darüber hinaus die Uferretter, die gegen die Bebauung des Ufers des Masuren Sees kämpfen.

» Weiter von Seite 1

Antikriegstag

Vor 20 Jahren stieg der deutsche Staat wieder unter neoliberalem Zeichen in die traditionelle Kriegspolitik ein. Geführt von SPD und den ehemals pazifistischen GRÜNEN wird nun wieder Krieg unter Bruch des Völkerrechts geführt. Die Waffenschmieden von Rheinmetall, Krupp, Heckler und Koch, Krauss-Maffei, Airbus Group, MTU und Diehl glühen wieder beim „Exportweltmeister“. Deren Aktienkurse springen entzückt nach oben, während bezahlte Politikwissenschaftler fröhlich die Einkehr der „Normalität“ in die deutsche Außenpolitik verkünden.

Heute steht die „Bundeswehr“ unter NATO-Flagge wieder sechs Fahrstunden von Moskau entfernt, führt Krieg in Afghanistan, Syrien, Irak, Mali, Westsahara, Somalia und am Horn von Afrika. Die so produzierten Millionen Geflüchteten wenden sich nun nach Europa, gegen die „Geschichtslehrer“ der AFD hetzen und vom „Mahnmal der Schande“ geifern. Die Narben der letzten beiden Weltkriege sind noch tief im Stadtbild Duisburgs und den Seelen der älteren Generation eingebrannt. Umso wichtiger ist es heute wieder gemeinsam „Nie wieder Krieg“ zu rufen, denn „der Hauptfeind steht im eigenen Land“ heute wie vor hundert Jahren.

Alles Flüchtlinge, oder was?

Bericht zum Bundesparteitag DIE LINKE in Leipzig vom 08.-10.06.2018

Markus Menzel
DIE LINKE Duisburg

Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Katja Kipping und Bernd Riexinger (v.l.n.r.)

■ Die mediale Berichterstattung, auch in den social-media, zum Bundesparteitag vermittelte den Eindruck, als wären Migration und Flucht die einzigen Themen gewesen. Ebenso die Botschaft, die Partei DIE LINKE wäre zerstritten und gespalten in die Lager „Offene Grenzen für alle“, auf der einen Seite, und „Begrenzung gerade von Wirtschaftsmigrant*innen“ auf der Anderen. Das eine Lager wolle angeblich das Land mit Millionen von Flüchtlingen „fluten“ (O-Ton im TV), die Mehrheit der Linken wäre wie alle anderen Parteien auch in ihren Grundsätzen eingeknickt, weil der Wähler*innenwille es so verlange.

Derart polarisiert hat aber niemand. Im Gegenteil: Als pluralistische Partei wurde dieses komplexe Thema, ohne einfache Lösungen, in der entsprechenden Tiefe diskutiert. Die demokratischen Auseinandersetzungen zielten auf gemeinsame Forderungen. Parteivorsitzender Bernd Riexinger stellte fest, „dass es um die 95% Gemeinsamkeiten geht, die DIE LINKE prägen und unser Alleinstellungsmerkmal gegen die neoliberale Politik darstellen.“

„Partei in Bewegung. Gemeinsam mehr werden.“ war das dominierende Motto des Parteitages, über das nicht berichtet wurde. DIE LINKE hat seit den Bundestagswahlen 2017 massive Mitgliederzuwächse. Bundesweit sind Tausende vorwiegend Menschen unter 30 Jahren in alle Kreisverbände eingetreten.
DIE LINKE hat in der Bundestagswahl mehr Stimmen bekommen als jemals zuvor in ihrer Geschichte.
DIE LINKE steht als einzige Partei für eine soziale Offensive, die allen Menschen nützt, für Umverteilung, Steuergerechtigkeit, für Frieden, für das Bekämpfen von Fluchtursachen, für die die EU und die deutsche Regierung mit verantwortlich sind, eine humane Flüchtlingspolitik, usw.
Mit den Kampagnen zum Pflegenotstand in Krankenhäusern und Pflegeheimen, und zu Mietexplosionen in den Ballungsgebieten, trifft DIE LINKE einen Nerv und spricht die Themen an, die die meisten Menschen betreffen. Das ist die Botschaft des Parteitages und DIE LINKE, auch in Duisburg ist dies der Fall, wird weiter wachsen und erreicht immer mehr Menschen.

Werden wir also gemeinsam mehr!

Wohnen ist Menschenrecht

Duisburger Linke startet Wohnkampagne

Jeden Tag gibt es durchschnittlich zwei Zwangsräumungen in Duisburg. Oft wird Wohnen in unserer Stadt durch die schlechten Bedingungen bis hin zu Schwarzschimmel zu einer gesundheitlichen Gefahr. Das liegt daran, dass das Wohnen immer mehr dem Profit unterworfen wird.

Miethaie zu Fischstäbchen

Noch hat Duisburg nicht so Horrormieten wie Düsseldorf oder Münster, doch können sich immer mehr Menschen in Duisburg keine vernünftige Wohnung mehr leisten. Deshalb hat die Mitgliederversammlung der Duisburger Linken beschlossen, eine ca. 2 Jahre dauernde Kampagne durchzuführen, um Widerstand für ein Recht auf Wohnen zu aktivieren.

Mit kreativen Aktionen, guten Anträgen im Rat, informativen Veranstaltungen und Vernetzungstreffen, soll das Thema aufgearbeitet und in das öffentliche Bewusstsein gebracht werden. Die Kampagne zielt besonders darauf ab, dass sich MieterInnen und Nachbarschaften selbst engagieren. Hierzu wollen die Linken Anregungen und Unterstützung anbieten. Positive Beispiele von Eigenengagement gibt es schon bei der Zinkhüttensiedlung oder in Hüttenheim bei den Vonovia-Mietern.

Wer Probleme mit dem Vermieter hat, soll merken, dass er oder sie nicht allein ist. Wer Hilfe braucht, um seine Nachbarschaft zu aktivieren, wer mitmachen will bei Aktionen des Kreisverbands der Linken, oder schon bestehende Initiativen, die sich Unterstützung wünschen kann sich per Mail an:

kreisverband@dielinke-du.de

melden.

Warten auf Gerechtigkeit

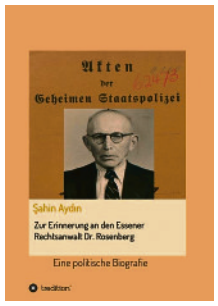
Das Denkmal und die Gräber der Bergarbeiter auf dem Westfriedhof in Bottrop

Gastbeitrag
Peter Berens

■ Mit seinem im Verlag Tredition erschienenen Buch „Warten auf Gerechtigkeit“ schafft es Şahin Aydın mehr und mehr, die Lücke in der Forschung über die nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 in Bottrop ermordeten Bergarbeiter zu schließen. Das Freikorps von Loewenfeld, selbst am Kapp-Putsch beteiligt, wurde nach dessen Zusammenbruch gegen Bergarbeiter in Bottrop eingesetzt. Im offiziellen Gedenken an die Gründungsphase der Weimarer Republik wurde lange die monarchistische Soldateska geehrt.
Der Autor Şahin Aydın gibt nicht eine „Neutralität“ vor, die über den Ereignissen der damaligen Zeit schwebt. Er bezieht Position für die ermordeten Bergarbeiter. Aber er schafft es in mühevoller Kleinarbeit, viele bisher unbekannte Details über die damaligen Ereignisse und ihre Akteure ans Licht zu bringen und zu belegen. Ohne seine Forschung wäre die auch von der linken Bewegung vernachlässigte Geschichte der revolutionären ArbeiterInnen in Bottrop fast in Vergessenheit geraten.
Şahin Aydıns Arbeit sollte Anstoß für die Bildung einer alternativen Historikerkommission des Ruhrgebiets zur Erforschung der Opfer des Kapp-Putsches sein.

Dr. Peter Berens, Oberhausen

Titel des Buches:
„Warten auf Gerechtigkeit“
Verlag Tredition, Autor: Şahin Aydın



Gastbeitrag
Stephan Urbach

Zur Erinnerung an den Essener Rechtsanwalt Dr. Rosenberg“ von Şahin Aydın

Der Bottroper Lokalhistoriker Şahin Aydın erinnert mit seiner neuen Buch an den jüdischen Essener Rechtsanwalt und Friedensaktivisten Dr. Rosenberg.

Bei seinen Forschungen über den Sprecher der Bottroper Bergarbeiter, Alois Fulneczek, der 1919 von monarchistischen Freikorpssoldaten ermordet wurde, stieß Aydın im Buch „Schicksale jüdischer Juristen aus Essen 1933-1945“ des früheren Oberstaatsanwalts Dr. Schmalhausen auf einen Hinweis, der zu Dr. Rosenberg führte.

Als Mitglied der heutigen DFG-VK-Gruppe Essen hat Şahin Aydın diese Anregung zum Anlass genommen, sich mit dem Essener Rechtsanwalt und Notar Dr. Rosenberg zu beschäftigen. Dr. Rosenberg hatte der Witwe von Alois Fulneczek zu ihrem Recht verholfen, die Entschädigung zu erhalten. Neben der vorliegenden Abhandlung hat Şahin Aydın zusammen mit der Essener DFG-VK-Gruppe die Verlegung von Stolpersteinen zum Gedenken für Dr. Rosenberg und seine Familie initiiert und durchgeführt. Er hat diese Aktion auch mit seiner Pressearbeit begleitet.

Er schreibt über vergessene, aktive politische Menschen aus dem Ruhrgebiet, die in der Zeit der Weimarer Republik und des Dritten Reiches lebten. Ihm und allen, die ihn bei der vorliegenden Schrift unterstützt haben, gebührt der Dank der DFG-VK-Gruppe Essen. Sie hofft, dass er seine Forschungsarbeit weiter vertieft und fortsetzt.

Die vorliegende Abhandlung ist ein Versuch und Grundstein für die Auseinandersetzung mit dem Wirken jüdischer Pazifisten und Antimilitaristen während der Weimarer Zeit und des Dritten Reiches.

Rechtsanwalt Stephan Urbach / DFG-VK- Essen

Stadthistoriker Şahin Aydın vor dem Denkmal für die ermordeten Bottroper RevolutionärelInnen auf dem Westfriedhof. Das Denkmal wurde während der NS-Diktatur zerstört und nach dem Krieg nicht in Original wiederhergestellt.

Impressum
Redaktion Standpunkt
Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon: 02 03 / 98 52 41 99

E-Mail
redaktion_standpunkt_kv_duisburg@linke-news-nrw.de

Internet
www.dielinke-duisburg.de
www.linksfraktion-duisburg.de

Bankverbindung
Stadtsparkasse Duisburg,
IBAN: DE 04 3505 0000 0227 0063 68

Redaktion
Lukas Hirtz, Horst-Werner Rook, Markus Menzel, Jens Gieseler, Fabian Albrecht

V. i. S. d. P.
Nese Kartal, Lukas Hirtz
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Auflage
20.000

Satz
Basis Druck, Duisburg

Druck
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin

Herausgeber
DIE LINKE Kreisverband Duisburg

www.dielinke-duisburg.de

Ratsfraktion aktiv
Beilage der Ratsfraktion Duisburg
August / September 2018 www.linksfraktion-duisburg.de

Bericht Ratssitzung: Peinliche Blockaden

Rainer Rensmann
Geschäftsführer der Ratsfraktion
DIE LINKE Duisburg

Am 02.07.2018 tagte der Rat der Stadt Duisburg. Wieder einmal war eine große Einigkeit zwischen der SPD-CDU-Kooperation zu beobachten. Trotz dieser breiten Mehrheit hat auch dieses Mal DIE LINKE dafür gesorgt, dass sozialpolitische, ökologische und integrationspolitische Initiativen nicht komplett aus dem Rat gedrängt werden.

Direkt zu Beginn der Sitzung haben SPD und CDU die Maske fallen lassen. Eine Resolution von DIE LINKE gegen die Privatisierung des Hafens wurde von CDU und SPD nicht mehr auf die Tagesordnung genommen, da angeblich noch Beratungsbedarf bestünde. Dies ist feige und nicht nachvollziehbar. Eine Partei wie die SPD, deren Oberbürgermeister sich schon offen gegen eine Privatisierung ausgesprochen hat, sollte in der Lage sein, sich eine Meinung zu einer einfachen Fragestellung zu bilden. Es wäre hier möglich gewesen, klar zu signalisieren, dass der Rat der Stadt Duisburg eine Privatisierung des Hafens ablehnt. Stellt sich nun die Frage, warum die SPD dies nicht getan hat? Ist die Position doch nicht so eindeutig oder wurde hier nur wieder parteipolitisch agiert und dem nicht zugestimmt, da der Antrag von der Ratsfraktion DIE LINKE kam?

Des Weiteren hat die SPD, zusammen mit der CDU, auch den Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE abgelehnt, in der wir eine Initiative zur Abschaffung der KiTa-Beiträge fordern. Die KiTa-Beiträge in Duisburg gehören mit Spitzenbeiträgen von über 600 € (bei einem Haushaltseinkommen ab 75.000 €) zu den höchsten in ganz NRW. Mehrere Studien zeigen, dass Kinder aus finanzschwachen Familien benachteiligt werden, die soziale Spaltung verstärkt wird und Armut über Generationen weitervererbt wird.

Entgegen dem eigenen Parteiprogramm sah es die SPD jedoch nicht als notwendig an, dem Antrag zuzustimmen, sondern hat ihn mit den Stimmen der CDU zusammen verhindert. Glaubwürdige Politik sieht anders aus. Dies trifft auch auf die Grünen zu, die sich dem Antrag der Linksfraktion angeschlossen haben, jedoch dabei wohl nicht daran gedacht haben, dass sie es waren, die in der rot-grünen Landesregierung in NRW seinerzeit die Beitragsfreiheit blockiert haben.

DIE LINKE hat sich im Rahmen der Ratssitzung wieder einmal meinungsstark zum Prestigeprojekt 6-Seen-Wedau geäußert. DIE LINKE begleitet das Projekt 6-Seen-Wedau von vornherein positiv, aber auch sehr kritisch. Wichtige Punkte sind für DIE LINKE nach wie vor nicht realisiert bzw. mangelhaft, sodass dem Projekt so nicht zugestimmt werden kann. Zunächst wurde deutlich gemacht, dass es begrüßenswert ist, dass die Verwaltung mit einer anscheinend erhöhten Quote von nunmehr 12 % an Sozialwohnungen die Forderung der Linksfraktion langsam aufzugreifen scheint. Das ist allerdings immer noch zu wenig. Es braucht mindestens 20 – 25 % Sozialwohnungen.

Dass nun eine zweite Brücke kommt und die ÖPNV Anbindung auf einem guten Weg ist, begrüßt DIE LINKE. Allerdings sollte auch sichergestellt werden, dass der ÖPNV-Haltepunkt an der zweiten Brücke verortet ist. Außerdem ist aus linker Sicht insgesamt noch keine Bebauung vorgesehen, die sowohl ökologisch als auch städtebaulich zu vertreten ist. Weitere Problemfelder sind ebenfalls noch nicht zufriedenstellend geklärt: Das Verkehrskonzept ist nicht stichhaltig genug. Hier muss noch nachgebessert werden. Insgesamt also noch zu viele Baustellen, um hier ruhigen Gewissens zustimmen zu können. Das sehen SPD und CDU erwartungsgemäß anders, die kritiklos zustimmten (siehe Artikel Uferretter auf Seite 11).

DIE LINKE hat außerdem beantragt eine Flüchtlings- und Integrationskonferenz durchzuführen, um einen Erfahrungsaustausch zu gewährleisten und auf die nunmehr neuen Anforderungen der Integration eingehen zu können. Hauptbestandteile der Konferenz sollten Sprachförderung, die Wohnsituation, die Integration in KiTas, Schulen und Ausbildungsverhältnis und insbesondere die Integration der zugewanderten Menschen in den Arbeitsmarkt sein. Wie erwartet schloss sich eine unwürdige Diskussion an. Die Argumente der rechten Personen im Rat werden an dieser nicht erwähnt, da die menschenverachtende Rhetorik hier nicht wiederholt wird. SPD und CDU zogen sich peinlich aus der Affäre, indem sie auf den in Arbeit befindlichen Masterplan Integration verwiesen. Dies ist aber natürlich komplett unabhängig von einer notwendigen Konferenz zu sehen.

Allerdings haben SPD und CDU, die den Antrag natürlich ablehnten, auch in der Vergangenheit immer wieder nachträglich Forderungen der Ratsfraktion DIE LINKE aufgegriffen, so dass die Hoffnung weiter besteht.

Alles in allem konnte DIE LINKE zwar keine Erfolge mit ihren Anträgen erzielen, hat jedoch deutlich gemacht, dass es eine meinungsstarke Opposition im Rat gibt, die sich nicht widerstandslos den schwachen Argumenten von SPD, CDU, Grünen und FDP anschließt, sondern immer wieder den Finger in die Wunde legt und vor allem sozialpolitische Themen auf die Tagesordnung bringt. Da viele Themen aus Platzgründen nicht mehr in diesen Artikel aufgenommen werden können, sei an dieser Stelle auf den ausführlichen Ratsbericht hingewiesen, der unter http://www.linksfraktion-duisburg.de/home/berichte-ratssitzungen/an-18-07-03/ abgerufen werden kann.

Stadt Duisburg

Neues Millionengrab "The Curve"?: Mehr unter www.linksfraktion-duisburg.de

Rainer Rensmann
Geschäftsführer der Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg

Erfolgreiche parlamentarische Initiativen

■ DIE LINKE im Rat der Stadt Duisburg hat es in der jüngsten Vergangenheit geschafft, eine Reihe von Erfolgen in den städtischen Ausschüssen und im Rat zu verzeichnen. Unsere erfolgreichen Aktivitäten zeigen auch die ganze Bandbreite unserer politischen Handlungsfelder.

So ist es uns gelungen, dass die Stadt eine komplette Umstellung der Stromverträge beim städtischen Immobilienmanagement (IMD) auf Ökostrom und –gas prüft und somit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Außerdem hat es DIE LINKE geschafft, Mehrheiten zu organisieren, um eine finanzielle Unterstützung für das Duisburger Frauenhaus von Frauen helfen Frauen e.V. in Höhe von 25.000 Euro auf den Weg zu bringen. Da die Arbeit der Frauenhäuser elementar wichtig ist und aufgrund der steigenden Gewalt gegen Frauen immer wichtiger wird, sind wir froh, dass uns dieser Erfolg gelungen ist. Auch vor dem Hintergrund, dass die Stadt die finanzielle Unterstützung in der Vergangenheit bis auf
0 Euro abgesenkt hatte.

Ein ebenfalls großer Erfolg war die Durchsetzung eines Runden Tisches zur Kinderarmut. Die dramatischen Zahlen in Duisburg offenbaren, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt. Mittlerweile lebt in Duisburg fast jedes dritte Kind in einer Familie, die auf Hartz IV-Leistungen angewiesen und damit besonders von Armut betroffen ist. Die Einrichtung eines Runden Tisches zur Kinderarmut kann einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Situation aller Duisburg Kinder leisten.

Sofortiger Sanktionsstopp in Duisburg

Detlef Hertz
Initiative AufRecht bestehen!

■ Hartz IV ist Armut und Ausgrenzung per Gesetz. Die Regelsätze sind bereits ohne Sanktionen zu niedrig, wie auch der Paritätische Wohlfahrtsverband bestätigt. Demnach müsste der Regelsatz für einen Alleinstehenden 529,- € statt wie jetzt 416,- € betragen, um das bloße Existenzminimum abzusichern, zumal sowohl die steigenden Stromkosten als auch einmalige Anschaffungen (wie z.B. kaputte Waschmaschine) aus diesem Regelsatz beglichen werden müssen.

Die Sanktionen nach § 31 SGB II unterlaufen aber diesen ohnehin schon zu niedrigen Regelsatz sogar und führen dementsprechend bei den Betroffenen zu massiver Verelendung in Form von z.B. Hunger, Stromsperren und Zwangsumzügen. Das Duisburger Jobcenter belegt darin mit seinen ca. 17.000 Sanktionen einen unrühmlichen Spitzenplatz und schreckt dabei auch nicht vor Mehrfach-Sanktionen und Total-Sanktionen vor allem bei unter 25-jährigen zurück.

Das extrem unterschiedliche Ausmaß der Anwendung dieser Sanktionen je nach Jobcenter lässt auch auf eine hohe Ermessenswillkür je nach Fallmanager und Kürzungsdruck durch die Geschäftsführung schließen.

Zum Anlass einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales am 04.06.2018 haben mehrere Verbände schriftlich auf die dramatischen Folgen der Sanktionen hingewiesen und deren Abschaffung bzw. Aussetzung („Moratorium“) gefordert, darunter der DGB, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, das Kölner Arbeitslosenzentrum e.V., das Netzwerk Grundeinkommen und der Sozialverband VdK Deutschland e.V. Neben der grundsätzlichen Verurteilung eines Lebens unterhalb des Existenzminimums wird unter anderem darauf verwiesen, dass die Sanktionen der nachhaltigen Integration in den Arbeitsmarkt schaden, weil die damit einhergehenden Verelendungserscheinungen auch die Belastbarkeit der Betroffenen massiv beeinträchtigen.

Aufgrund dieser Tatsachen hat DIE LINKE im Sozialausschuss der Stadt Duisburg einen unverzüglichen Stopp der Sanktionen gefordert.

DIE LINKE zeigt sich entsetzt über die Ignoranz der Ausschuss-Mehrheit, die unseren Antrag ablehnte. Selbst Angelika Wagner (Ausschussmitglied der SPD-Fraktion und Vorsitzende des DGB-Duisburg) nahm nicht zur Kenntnis, dass neben vielen anderen Sozialverbänden auch der DGB in seiner schriftlichen Stellungnahme vom 09.05.18 zur Sozialausschuss-Sitzung des Bundestags ein solches Aussetzen der Sanktionen gefordert hat.

DIE LINKE wird trotz allem nicht aufhören sich auf allen Ebenen weiter für ein Ende des unmenschlichen Hartz-IV Systems einsetzen.

Zielvereinbarung

Mirze Edis
für DIE LINKE im Rat der Stadt Duisburg

■ DIE LINKE. im Rat der Stadt Duisburg hat im Jahr 2015 eine Zielvereinbarung in den Integrationsrat eingebracht, um der Zusammenarbeit von Rat und Integrationsrat einen festgeschriebenen Rahmen zu geben und klare Arbeitsschwerpunkte für den Integrationsrat zu benennen.

Daraufhin hat die Verwaltung unter Mitwirkung der politischen Vertreter eine aktualisierte Version der Zielvereinbarung erarbeitet, die am 07.06.2016 einstimmig im Integrationsrat beschlossen wurde.

Die Verwaltung hat entschieden, die Zielvereinbarung von der Tagesordnung des Rates am 20.06.2016 zurückzuziehen und auf unbestimmte Zeit nicht in den Rat einzubringen.

DIE LINKE sieht in der Verabschiedung der Zielvereinbarung und der damit verbundenen Definition der Zusammenarbeit zwischen Integrationsrat und Rat eine wichtige Voraussetzung für eine gelingende Integration in Duisburg.

pixabay

Diejenigen Gruppen im Integrationsrat, die kein Interesse an echter Integrationsarbeit haben, sondern mit ihrer Art Politik zu machen die Stadtgesellschaft nur spalten wollen, könnten durch eine Zielvereinbarung kontrolliert und daran gemessen werden. DIE LINKE hat alle demokratischen Kräfte im Integrationsrat dazu aufgerufen, sachlich an einer ergebnisorientierten Integrationspolitik zu arbeiten. SPD, CDU und Grünen haben jedoch anscheinend kein Interesse daran. In ihren Redebeiträgen äußern sie sich nur abschätzig gegenüber dem Integrationsrat und wollen augenscheinlich keinerlei Zusammenarbeit.

Und dies vor dem Hintergrund, dass die demokratischen Kräfte die Mehrheit im Integrationsrat stellen und die Möglichkeit hätten, progressive Integrationspolitik zu machen. Allerdings liegt das Hauptproblem wohl darin, dass die anderen Parteien ihren eigenen Mitgliedern anscheinend nicht zutrauen, sich angemessen zu verhalten und sich an gewisse Gepflogenheiten zu halten, weshalb SPD, CDU und Grüne den Antrag der Linksfraktion abgelehnt haben.

Smart City? „Nette Stadt“ für wen?

Christian Kothe
Geschäftsstelle der Ratsfraktion
DIE LINKE Duisburg

und **Udo Hase**

MASTERPLAN DIGITALISIERUNG

■ **Die Duisburger Stadtspitze gibt den Bürger*Innen ein Versprechen: Mit dem klugen Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien könne Duisburg nicht nur effizienter, moderner und inklusiver werden, sondern auch noch bürgerfreundlicher. Daher will der Oberbürgermeister einen Masterplan „smart city“ für Duisburg entwickeln.**

Der Begriff einer «Smart City», was übersetzt auch „nette Stadt“ bedeutet, ist zurzeit modern und daher in aller (Politiker) Munde. Die LINKE in Duisburg ist der Meinung, dass zu klären ist, zu wem genau die Stadt zukünftig „netter“ werden soll.

Nur zu Investoren und ohnehin wohlhabenden, oder auch zu den über 80.000 Menschen, die in Duisburg auf Hartz4 angewiesen sind, zu den Schülern und Lehrern, die in schlecht gepflegten und ausgestatteten Schulen lernen und arbeiten müssen, zu den vielfältigen Initiativen Duisburger Bürger, zu den Vielen, die mit mehreren Jobs gleichzeitig versuchen sich und ihre Familien zu ernähren, zu den Rentnern. Also zu den gewöhnlichen Menschen, wie du und ich.

Was bedeutet denn „Digitalisierung“ für Duisburg nun genau?

Die LINKE in Duisburg fürchtet, dass diese Frage weder vom Oberbürgermeister, noch von dem zuständigen Dezernenten Murrack so richtig beantwortet werden kann. Das Vorhaben ist recht nebulös.

Was es gibt, ist eine lose Themensammlung: Duisburgs Oberbürgermeister Sören Link und Yan Lida, CEO der HUAWEI Enterprise Business Group aus Shenzen in China planen künftig „konkrete Projekte“ durchzuführen, damit Duisburg digitaler wird.

Da soll etwa der Ausbau des WLAN-Netzes in der Stadt vorangetrieben werden. „Man denkt“ darüber nach „intelligente Klassenzimmer“ mit WLAN und Breitbandanschluss für Duisburger Schulen einzuführen. Weitere Themenfelder reichen von intelligenten Straßenlaternen, Verkehrsmanagement und Versorgungsnetzen bis zu eGovernment-Cloud Lösungen, die zum Beispiel Behördengänge für Bürger einsparen oder vereinfachen können. Gesprochen wird über das s.g. „Internet of Things“ und kabellose Breitband-Netze. Ziel soll die Erhöhung der Lebensqualität in Duisburg sein. Die Stadt könne für Bewohner, die Wirtschaft und Investoren attraktiver werden. Soweit die blumigen und äußerst vagen Ankündigungen.

Das klingt erstmal schön, wenn es denn auch im Sinne der Bürger und vor allem mit Beteiligung der Bürger angegangen würde.

Leider ist das nicht der Fall. Auf Anfrage antwortet die Verwaltung äußerst vage, die Bürger würden im Zuge (noch unbekannter) konkreter Projekte eingebunden.

Zwingend geboten wäre aus Sicht der LINKEN jedoch zu allererst die Ausarbeitung einer Charta, gemeinsam mit den Bürgern. Hier sollte festgeschrieben sein, was denn die Stadt von einer Digitalisierung erwartet und welche Bedingungen von einem Technologiepartner wie HUAWEI einzuhalten sind. Eine solche Charta scheint jedoch nicht vorgesehen zu sein. Die Stadtspitze behandelt ihre Bürger offenbar auch hier eher wie unmündige Kinder.

Für ein bürgerorientiertes Vorgehen brauchte man lediglich ins nähere Umfeld zu schauen. Die Stadt Dortmund beispielsweise, arbeitet mit der Bürgerinitiative DO-FOSS zusammen an einem entsprechenden Projekt. Auch das Bundeswirtschaftsministerium empfiehlt dringend, vor einer Beauftragung von Unternehmen in smart – City – Projekten, zunächst, unter Beteiligung aller Interessengruppen, ein Konzept zu erarbeiten, welches die Ansprüche, Zielvorstellungen und Rahmenbedingungen klar formuliert.

Smart Citys sind nämlich nicht zwangsläufig harmlos. Mit zunehmender Vernetzung und Digitalisierung werden immer mehr Daten von Bürgern gewonnen und gespeichert. Das kann bis zu Bewegungsprofilen im öffentlichen Nahverkehr und der Feststellung führen, wer in welchem Zeitraum wie oft und auch noch wo, falsch geparkt hat. Datenschutz ist also ein extrem sensibler Punkt. Andererseits sind Kommunen in Deutschland oft sehr an Wirtschaftsfreundlichkeit interessiert, mit weitaus weniger Phantasie jedoch an Bürgerfreundlichkeit und einem Ausbau von Demokratie und Mitbestimmung. Die LINKE wird sich hier intensiv für eine starke Bürgerbeteiligung einsetzen und das Thema sehr genau verfolgen.

Wir sammeln weiter Unterschriften!

Impressum

Herausgeberin
DIE LINKE Ratsfraktion Duisburg,
Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon: 0203 / 9 30 86 93
Fax: 0203 / 9 30 86 94
buero@linksfraktion-duisburg.de

V.i.S.d.P.: Mirze Edis, Mitglied des Fraktionsvorstandes (Anschrift wie Herausgeberin)

Auflage
20.000

Satz
Basis Druck, Duisburg

Druck
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin

Die Cölvebrücke - ein Stadtteil wehrt sich

Die Macht einer Bürgerinitiative

Gisela Stölting-Grabbe
für DIE LINKE im Rat der
Stadt Duisburg

Die Cölvebrücke wurde 1910 von der Deutschen Bahn errichtet. Sie liegt auf Moerser Stadtgebiet, dient aber vor allem der Verbindung von Duisburger Stadtteilen: im Norden Bergheim und Trompet und im Süden Rumeln. Mitte der 90er Jahre hat die Bahn die Brücke der Stadt Moers aus bilanztechnischen Gründen im Zuge ihrer Privatisierung geschenkt. Ein teures Geschenk... denn ab sofort war die Stadt Moers und nicht mehr die Bahn für die Folgekosten der Brücke verantwortlich.

Die Brücke hat lange gehalten. 2001 wurde sie erstmals als baufällig eingestuft. Mit kleineren Instandsetzungen, Lasten- und Geschwindigkeitsbegrenzungen konnte sie jedoch noch lange Zeit in Betrieb gehalten werden. Doch als es im Oktober 2014 erneut zu einem schweren Lkw-Unfall gekommen war, wurde sie erstmals für Busse und Lkw komplett gesperrt und für “kleines Geld” repariert. Vermutlich hat Christoph Fleischhauer gehofft, der Kelch der Brücke gehe an ihm genauso vorbei wie an seinen Vorgängern, als er 2014 sein Amt als neuer Bürgermeister der Stadt Moers antrat. Aber im Juli 2017 wurden neue Schäden an der Brücke offenbar, die eine Schließung unumgänglich machten: Gleichzeitig kam heraus, dass es die von Fleischhauers Vorgängern versprochenen durchfinanzierten Neubaupläne für die Brücke nicht gibt. Für einen Neubau müsse der Bahnverkehr stillgelegt werden, Genehmigungsverfahren auch bei der Bahn seien langwierig, so dass nicht vor 2024 mit einem Neubau zu rechnen sei, so Bürgermeister Fleischhauer als Gast in der Rheinhauser Bezirksvertretung im Januar 2018.

Rheinhausen gehört ohnehin zu den Duisburger Stadtteilen, die am meisten ums Überleben kämpfen, was im Stadtbild anhand geschlossener Geschäfte und sanierungsbedürftiger Wohngebiete zu sehen ist. Der Stadtteil hat die Schließung der Krupp Werke 1987 bis heute nicht richtig kompensiert. Daher bedroht eine dauerhafte Sperrung dieser so wichtigen Brückentrasse zwischen den Stadtteilen nicht nur die Existenzen der Gewerbetreibenden. Dadurch, dass sich Schleichverkehr durch Wohngebiete bildet, kommt es zu Gefährdungen und Lärmbelästigungen. Und auch soziale Folgen hat die Brückensperrung: Linienbusse fahren einige Stationen nicht mehr an, was insbesondere Senioren vor Probleme stellt. Fahrten zum Friedhof oder nach Hochemmerich ins Zentrum sind zurzeit nicht möglich.

Das alles rief Geschäftsleute und Anwohner auf den Plan. Enttäuscht

wikicommons

und nicht mehr bereit, Stillstand hinzunehmen, gründeten sie am 10.01.18 die Interessengemeinschaft (IG) Cölvebrücke.

Gemeinsam mit der Bezirksvertretung Rheinhausen, zu der auch die Duisburger Linken gehören, setzt sich die IG für schnelle Lösungen ein. Das sind z.B. eine Gebietsübertragung der Cölvebrücke nach Duisburg und die Inbetriebnahme einer Behelfsbrücke. Auf Druck der IG gab die Moerser ENNI (vergleichbar mit den Duisburger Wirtschaftsbetrieben) im Januar ein Gutachten in Auftrag mit dem Ergebnis, dass eine Behelfsbrücke möglich ist.

Unter Berücksichtigung aller Formalitäten wie öffentliche Ausschreibungen, könnte diese schon 2019 sogar kostengünstig gebaut und in die alte Konstruktion eingeschoben werden. Parallel wäre Zeit für die Planung eines Neubaus gewonnen. Aber es ist wie gehabt: Die Stadt Moers kommt bei der Umsetzung nicht in die Gänge!

Druck machen und aufklären, darin sieht die IG Cölvebrücke ihre Aufgabe. Um die Umsetzung der Pläne für eine Behelfsbrücke zu beschleunigen, hat sie eine Unterschriftenaktion gestartet. Die IG hat im März 2018 eine Demo initiiert, die sich hoher Beteiligung erfreute, und im April eine Kerzenaktion, damit den Verantwortlichen wegen der Brücke endlich “ein Licht aufgeht”.

Besuch in der Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung

Martina Ammann-Hilberath
Vorsitzende der Ratsfraktion
DIE LINKE Duisburg

Die Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg hat mit Vertretern der Linksfraktion im LVR und weiteren Mitstreitern am Mittwoch, den 6.6.18 die Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung besucht. Wir wurden hoch professionell und sehr freundlich von der engagierten Geschäftsführerin Frau Rogg empfangen, die der Fraktion einen umfassenden Einblick in die Geschichte und die aktuellen Entwicklungen der Werkstatt gab.

Im Anschluss wurde uns die Möglichkeit gegeben in aller Ausführlichkeit die Werkstatt zu besichtigen, die einzelnen Betriebsstätten zu erkunden und mit den Gebietsleitern sowie den hoch motivierten MitarbeiterInnen ins Gespräch zu kommen. Abschließend wurden wir noch von der hauseigenen Küche verköstigt und Frau Rogg nahm sich nochmals die Zeit unsere Fragen und Anregen zu beantworten bzw. mitzunehmen.

DIE LINKE ist überaus positiv angetan von der Entwicklung der Werkstatt und insbesondere der Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen. Insgesamt wird die Ratsfraktion das Thema der Menschen mit Behinderungen in Duisburg zu einem wichtigen Schwerpunktthema der nächsten Jahre machen und einige Projekte anregen.

Es gibt sowohl in Duisburg als auch gerade bundes- und landesweit noch viel zu verbessern und anzuregen.

Ein erster Schritt wird von der linken LVR-Fraktion getan, die am 28. und 29. September diesen Jahres eine große Konferenz zur Zukunft der Werkstätten für Menschen mit Behinderung veranstalten, an der Vertreter unserer Fraktion teilnehmen werden.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei Frau Rogg und ihrem Team für den informativen und beeindruckenden Tag in der Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung.

wfbm
Duisburger Werkstatt für
Menschen mit Behinderung gGmbH

Schul"entwicklung" Duisburg

Marlies Zemke
Lehrerin.
DIE LINKE
Ratsfraktion Schulausschuss

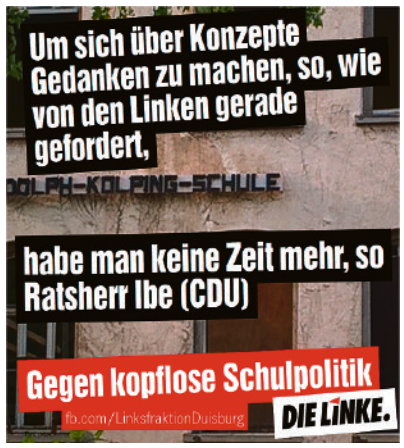
Barbara Laakmann
Lehrerin.
DIE LINKE
Ratsfraktion Schulausschuss

■ **Jahrelang haben sich die Schulleiter in Duisburg um Sanierungen und Renovierungen von Toiletten, Dächern, Feuerschutz, Turnhallen, ... mit sehr viel Energie bemühen müssen, ohne dass etwas Wesentliches passieren konnte - die Konten der Stadt Duisburg waren dem Bedarf nicht gewachsen.**

Endlich gibt es Geld. Nach Jahren des Stillstandes und der Einsparungen gibt es nun rund 150 Millionen für die Schulen über die Programme „Gute Schule 2020“ und „KIDU Schule“ von Bund und Land. - Als Kredit.

Der Schulausschuss, die Bezirksvertretungen und der Rat haben sich mit verschiedenen Vorlagen beschäftigt, die mit Hilfe der von Bund und Land zugesagten Millionen mit Anbauten, Containern und Ausbauten die Misere bei den Duisburger Schulbauten beseitigen sollen. Eins vorab: Ca. 150 Millionen Euro, das klingt jetzt erst einmal sehr viel, reicht aber bei weitem nicht aus, nötig wären viele Millionen mehr, um auch nur den Grundbedarf zu decken.

Dennoch sollte auf keinen Euro verzichtet werden, die Fristen für Planung und die endgültige Abrechnung nach Verwendung sind knapp. Noch knapper ist das Personal, ein Teil des Geldes muss für die Einstellung und Beschäftigung entsprechender Expertinnen aufgebracht werden. Der Markt für solche Expertinnen ist dünn, alle Großstädte suchen, das wird schwierig werden. Bei der letzten Ratssitzung machte die Fraktionsvorsitzende der LINKEn Martina Amann-Hilberath darauf aufmerksam, dass es grundsätzlicher Überlegungen bedarf, dass neue Schulgebäude nötig sind, und dass es dazu eines Konzeptes bedarf. Eine Stimme aus der CDU antwortete, dass dazu keine Zeit wäre. Wie jetzt? Da sollen Millionen um Millionen ausgegeben werden, ohne vorher darüber nachzudenken, was denn eigentlich gebraucht wird? Weil dazu keine Zeit ist?



Wir sagen: die vielen Geldmittel machen es möglich, zu einem Teil solche Schulen zu errichten, die für die Kinder der nächsten 10 Jahre eine angemessene Bildung für ihr Leben in den nächsten 80 Jahren anbietet. Schulen für die Zukunft, oder aber für die Kinder mit Zukunft, dürfen nicht einfach die Fortsetzung dessen sein, was wir schon immer gemacht haben. Pädagogen sprechen vom Schulgebäude als dem dritten Pädagogen. Die Lehrerin ist die Erste, die anderen Kinder sind der Zweite, die Umgebung ist der Dritte. Im Gros unserer Schulen sind an langen Fluren Klassenräume aufgereiht, irgendwo gibt es das Lehrerzimmer und die Verwaltung, irgendwo ist eine Aula. Die irgendwann eingerichtete Bibliothek ist längst wieder als Klassenzimmer genutzt, auch Fachräume für Naturwissenschaften, Musik, Kunst, Technik wurden „umgewidmet“, wie es so schön heißt. Bei der Einrichtung von Ganztagsunterricht wurde eine kleine Mensa gebastelt.

Es gibt Schulen, da ist in der Mitte das Zentrum, die Aula, die Mensa, die Bibliothek, Räume für Begegnung und Austausch. Da liegen 4 Klassen und einige zusätzliche Räume in einem Haus, das umgeben ist von Garten und Spielflächen. Solche Häuser liegen rund um die Mitte wie Satelliten um die Erde. Die Wände zwischen den Klassen sind mit geringem Aufwand verschiebbar, beim Unterricht ist nicht nur die Türe nicht geschlossen, der Raum ist im wahrsten Sinne offen.

Das entspricht einer Vorstellung von Unterricht, wo die Kinder nicht brav hinter den Tischen sitzen und nach vorne schauen.

Das Lernen in den Schulen hat sich also mittlerweile grundlegend geändert und bringt neue Anforderungen mit sich:

- Wenn Schüler und Schülerinnen den ganzen Tag in der Schule lernen, so brauchen sie auch Erholung, Freizeitangebote, eine gute Verpflegung, sie brauchen neue Räume.
- Wenn im Rahmen der Inklusion Kinder mit einem Handicap in die Schulen kommen, haben sie andere Bedürfnisse, denen die Gebäude noch nicht Rechnung tragen: Denn wie kann sich ein blindes Kind in einem normalen Schulgebäude orientieren? Wo kann sich jemand mit einer Hörproblemen vom Trubel erholen? Was ist mit Kindern mit einem körperlich-motorischen Handicap ? usw...
- Was ist mit kleinen Lerngruppen? Was ist mit neuen Lernmethoden?
- Wo können die neu zugewanderten Kinder erst einmal Deutsch lernen?
- Wo ist Platz für die viele Kinder, die in den letzten Jahren geboren wurden? – Denn unsere Geburtenziffer steigt kontinuierlich.

So gibt es nun etwas Geld, viele neue Bedürfnisse, aber auch viele Chancen für eine gute Entwicklung von Schulen in Duisburg.

Darüber möchte sich die Linke mit Experten aus der Pädagogik, aus der Architektur, aus den Gewerkschaften, mit Eltern, mit Lehrern und Lehrerinnen und mit Schülern und Schülerinnen informieren und austauschen. Alle Interessierten sind dazu herzlich eingeladen.
Termin: 15. September, 11.00 Uhr in der Mensa der Gesamtschule Globus am Dellplatz
Details des Programmes können der Webseite der Linken in Duisburg entnommen werden.

Probleme mit Jobcenter? Arbeitsagentur? Sozialamt?

DIE LINKE SOZIALBERATUNG

Unsere Experten Jürgen Aust (Jurist) und Ingrid Jost (Dipl.-Pädagogin) beraten Sie in allen Fragen rund um Erwerbslosigkeit und Problemen mit den Ämtern.
Kompetent & Kostenlos.

Jeden Mittwoch, 10.00–13.00 Uhr
Gravelottestraße 28
47053 Duisburg-Hochfeld

DIE LINKE.
Kreisverband Duisburg

Sie erreichen uns täglich unter 0203/60 69 62 05 oder 0203/3 78 58 16.

#NoPolG – erfolgreicher Protest

| Hannes Nordbeck
stellv. Sprecher OV Mitte DIE LINKE Duisburg

■ Auch unsere Landesregierung plant ein neues Polizeigesetz um Grundrechte abzubauen. Dagegen hat sich seit April der Widerstand in Form des Bündnisses „NoPolG“ gebildet und konnte bereits vor dem eigentlichen Projekt, einer Großdemonstration in Düsseldorf am 7. Juli, Erfolge verbuchen.

Das „PAG“ hat in ganz Deutschland für große Diskussionen gesorgt und dabei ist fast untergegangen, dass neben Bayern 14 weitere Bundesländer ein neues Polizeigesetz auf den Weg bringen wollen. Nur ist in diesen Gesetzen nicht die Rede von Granaten und Maschinengewehren für Polizisten – also ist ja alles halb so wild, oder? Auf keinen Fall!
Mehr Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen, bis zu einem Monat Präventivhaft sowie Telekommunikationsüberwachung ohne konkrete Gefahr oder auch „jederzeitiges Anhalten von Personen und Identitätsfeststellung, Inaugenscheinnahme von Sachen und Autos“. Besonders gefährlich sind allerdings zwei neue Rechtsbegriffe, die mit dem Gesetz eingeführt werden sollen. Die „drohende Gefahr“ und die „drohende terroristische Gefahr“ deren praktische Bedeutung bei den Protesten gegen den AfD-Parteitag in Augsburg gezeigt wurde. Mehrere AktivistInnen wurden bereits Tage vor den Protesten festgenommen oder haben ein Aufenthaltsverbot für die Proteste erhalten, weil sie laut Polizei Straftaten geplant haben. Das reicht ja inzwischen in Bayern, dass dabei auch schnell Willkür regieren kann.

Aufgrund des großen Widerstandes in der Bevölkerung wurde bereits die Verabschiedung des Gesetzes auf nach der Sommerpause verschoben. Der Gesetzentwurf soll überprüft werden. Bereits vor der Sommerpause fand allerdings die Großdemonstration in Düsseldorf statt. Knapp 20.000 Menschen waren auf den Straßen unterwegs. Dabei waren Fußball-Ultras, Linke, Grüne, Piraten, die SPD sowie etliche NGOs und andere Gruppen. Aber der Protest wird weitergehen müssen. Gegen NRW als Polizeistaat und den Abbau von Grundrechten! #NoPolG!

Pflegekampagne

Das könnt ihr euch Spahn! Das machen wir nicht für Lau, Mann! Demonstration gegen den Pflegenotstand in Deutschland bei der Gesundheitsministerkonferenz

| Markus Menzel
DIE LINKE Duisburg

■ Bereits am 20. Juni demonstrierten mehr als 4000 Pflegekräfte aus NRW aber auch aus anderen Bundesländern gegen den Pflegenotstand und die Belastung der Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Mehr als Lippenbekenntnisse und Hinhaltetaktik war an diesem Tag von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) naturgemäß nicht zu erwarten, der immerhin den Mut hatte an diesem Tag mit seinen Länderkolleg*innen die ver.di-Bühne zu betreten und zu den Demonstrierenden zu sprechen.

Parteivorsitzender Bernd Riexinger und die neu gewählte Landessprecherin Inge Höger

Seine „Zusagen“: "Man werde das ganz genau mit Studien untersuchen, wo Personal fehle und wo nicht und was möglich sei und was nicht". Das wird erst einmal dauern. Wahrscheinlich bis zum Ende der jetzigen Legislaturperiode. Dementsprechend fühlten sich die Demonstrierenden auch verhöhnt und reagierten mit Buh-Rufen und einem Pfeifkonzert.

Fakt ist: Die bereits angekündigten 12.000 zusätzlichen Kräfte bundesweit reichen nicht aus. Alleine in den Krankenhäusern in NRW fehlen 40.000 Stellen! Bundesweit müssen mindestens 120.000 Stellen neu geschaffen werden, um nur das Nötigste aufzufangen.

Spahns Lösung: Pflegekräfte aus dem Ausland, besonders aus Osteuropa, anzuwerben, weil das hiesige Ausbildungspotential angeblich nicht ausreichen würde. Abgesehen von dem Umstand, dass diese qualifizierten Arbeitskräfte den jeweiligen Ländern nicht mehr zur Verfügung stehen werden, ist es offensichtlich, hier weiteres Lohndumping zu betreiben. Jens Spahn ist nicht bereit, flächendeckende Tarifverträge auch auf bereits privatisierte Einrichtungen auszudehnen, über generelle Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitentlastungen auch nur im Ansatz eine Diskussion zu führen.

DIE LINKE war mit ihrem Bundesvorsitzenden Bernd Riexinger und vielen Genoss*innen vor Ort, um die Proteste zu unterstützen. DIE LINKE hat mir ihrer Pflegekampagne klare Forderungen und Lösungen für den Pflegenotstand aufgestellt und wird auch weiter die Proteste begleiten, wie z.B. die Warnstreiks in mehreren Universitätskliniken.

www.pflegenotstand-stoppen.de

Sommer, Sonne, Sozialismus

Hunderte feierten mit der LINKEn in Marxloh

| Lukas Hirtz
Sprecher des Kreisvorstands DIE LINKE Duisburg

■ Am 30.6. lud DIE LINKE. Duisburg zu ihrem Sommerfest auf dem August-Bebel-Platz – und die Menschen kamen. Über 800 Menschen besuchten das Fest, die meisten kamen aus Duisburg. Damit ist das 4. Sommerfest wieder größer als alle bisherigen. Es gab auch mehr Infostände und verschiedene Speiseangebote. Rundum ein schönes Fest.

Großer Beliebtheit erfreuten sich die vielfältigen Spielangebote für Kinder, aber auch die Erwachsenen wurden gut unterhalten. Bei strahlendem Sonnenschein gab es Musik von einem Blasorchester, türkischer und spanischer Tarditionsmusik, Ruhrpottlieder und afrikanischer Trommelrhytmen, bis hin zu einem Rave. Wo sich die Menschen mittags noch vor der glühenden Hitze versteckten, feierten sie, nachdem es sich ein wenig abgekühlt hatte, ausgelassen auf dem größten Platz in Duisburg Marxloh. Hauptredner, der frisch wiedergewählte Sprecher des Landesverbands DIE LINKE. NRW, Christian Leye, sprach in diesem Stadtteil, der wie kaum ein anderer in Deutschland von Armut betroffen ist, den Zynismus der Bundesregierung an, dass ein Mindestlohn festgelegt würde, der bei weitem nicht mal dazu ausreicht, im Alter genügend Rente zu haben. Während es in Berlin um die Rettung des Rechtsaußenminister Seehofer ginge und schnell Milliarden für Rüstung und Banken locker gemacht werden, werden Stadtteile wie Marxloh vergessen. Es sei kein Wunder, wenn sich die Menschen dort von der Politik abwendeten.

Dabei wäre es wichtig, besonders für die vernachlässigten Menschen, sich zu wehren und zu kämpfen. Dafür sei ein Stadtteilfest der LINKEn gut, damit DIE LINKE. in Kontakt mit den Menschen käme, um Vertrauen zu gewinnen und Mut und Hilfe für die Kämpfe zu geben. Es ist das dritte Fest der LINKEn in Marxloh. Aber auch sonst will DIE LINKE. verstärkt in Marxloh aktiver werden, etwa wie schon mit der Veranstaltung „Fraktion vor Ort“ geschehen.

Werde Uferretter!

Hendrik Thomé
DIE LINKE OV Duisburg-Süd

Sommer, Sonne, Seenplatte. Es ist der erste Sonntag im Juli, 11.00 Uhr. Langsam füllt sich der Uferstrand an der Masurenallee. Sonnensegel werden aufgebaut, Luftmatratzen aufgepumpt, bald plantschen die Kinder in der flachen Uferzone und weiter draußen treiben die Schlauchboote und die Standup-Paddler auf dem See. Picknickkörbe werden ausgepackt, Grills angezündet, hier herrscht Selbstverpflegung, nur am nahen Eisstand stehen Kinder und warten auf eine Erfrischung bei lockeren 27 Grad.

wikicommons_BackloeNRW

Wird das Masurenufer bald betoniert?

Das mag man für Duisburger Provinz halten. Aber eigentlich ist das großstädtisches Leben wie sagen wir mal der Jardin de Luxembourg in Paris oder der Prospektpark in Brooklyn. Übertrieben? Nur ein bisschen! Für die heißen Tage haben alle Großstädte der Welt ihre Oasen mit Wasser und Strand, Wiese und Wald. Und für die Sechs-Seen-Platte beneidet uns das ganze Umland. Heute hat sich zwischen die Badegäste ein Infostand der Linken gemischt. Die Idylle ist in Gefahr. Die Stadt plant eine großes Bauprojekt. In Wedau soll ein neuer Stadtteil entstehen für viele tausend Menschen. Dagegen ist nichts einzuwenden, aber die Bebauung soll bis an das Ufer gehen. Dort ist ein recht schmaler, betonierter Uferstreifen geplant.

Das Vorhaben spricht von einer maritimen Promenade, um Betuchten den Kauf einer Eigentumswohnung mit Seeblick schmackhaft zu machen. Den Strand am Masurensee wird es so nicht mehr geben. Die Leute sind ansprechbar und hören zu. Sie finden die Planung Scheiße. Typisch Duisburger Groko. Kaputt machen, was gut ist, für große Projekte, die dann doch nicht funktionieren. Eine Mädchengruppe aus Marxloh empört sich: Wo sollen wir denn hin, wenn hier der Strand weg ist!

Neben dem Stand der Linken steht der Informationstand der Uferretter, überwiegend Leute aus der näheren Umgebung, die sich Sorgen darum machen, dass die Seenplatte jetzt Bauland wird. Sie wollen das Gebiet, dass die Stadt vor fast 60 Jahren vom Grafen Spee als „Erholungsgebiet für die Duisburger Bevölkerung“ erworben hat, in seinem jetzigen Zustand erhalten. Naturschutz und eine ökologisch wertvolle Gestaltung der Uferzonen gerne, aber der freie Zugang für alle und der Charakter als öffentlicher Park müssen erhalten bleiben. Am Tisch der Uferretter sitzt die Aktivengruppe zusammen. Es ist gerade ein paar Tage her, dass rund 50 Teilnehmer zu einem Informationstreffen zusammen gekommen sind. Heute werden weitere Aktionen beraten und organisiert, spontane Konzerte am See, Eingaben gegen den Bebauungsplan, ein Bürgerbegehren für den Erhalt der Uferzone.

Wie kann man die Bevölkerung einbeziehen? Wie kann man erreichen, dass auch die Menschen im Norden und Westen der Stadt mitmachen? Die Sechs-Seen-Platte ist das größte und wichtigste Erholungsgebiet der Stadt. Sie ist für alle Einwohner da. Es ist nicht richtig, dass sie zum Renditeobjekt wird, nur weil die Stadt dringend Kohle braucht. Die Duisburger müssen sich entscheiden: Großstädtisch werden, frei und wild, einzigartig und multikulturell oder Vorstadt, langweilig und provinziell.

Werde Uferretter!

Infos unter:

Facebook.com/uferretter

Möbelhaus oder Logistikzentrum?

Was will der Möbelhändler in Meiderich?

Detlef Feldmann
DIE LINKE Ortsverband Meiderich

Bild: Ostermann Witten

Bereits 2011 hatte der Wittener Möbelhändler Ostermann Pläne für ein gigantisches Möbelhaus auf dem „Zeus“-Gelände direkt an der A 59 und in unmittelbarer Nachbarschaft zu IKEA. Seit 2013 hat er dazu einen gültigen Bebauungsplan. Doch nach dem Rückzug des Konkurrenten Höffner von seinen Plänen am alten Güterbahnhof in der Innenstadt ist es ruhig geworden. Keiner hat noch an die Umsetzung geglaubt. Doch jetzt wird es wieder aktuell, wenngleich auch in einer abgespeckten Variante. Nur noch auf etwa 40 % der 13 Hektar Fläche, die ursprünglich für das Möbelzentrum mit Küchenstudio und Mitnahmemarkt, sowie ein Gartencenter geplant waren, soll jetzt das Möbelhaus entstehen. Mit einem geänderten Kundenverhalten – vorwiegend durch den Internethandel – begründet Ostermann das neue Konzept.

DIE LINKE glaubt aber eher, dass der Wegfall der noch größeren Konkurrenz der Grund dafür sein dürfte. Wir glauben nicht, dass Sitzlandschaften, Betten, Küchen oder Schränke massenhaft online bestellt werden. Der gültige Bebauungsplan lässt auch diese abgespeckte Variante eines Möbelhauses zu. Zusätzlich will Ostermann aber den Rest der Fläche als Gewerbegebiet entwickeln und verkaufen. Dazu muss das Baurecht geändert werden. Zum Auftakt gab es am 14. Juni eine Sondersitzung der Bezirksvertretungen Meiderich und Hamborn mit einer Beteiligung der Öffentlichkeit. Verwaltung und Investor stellten die Pläne vor: Neben der Fläche für den Möbelmarkt stand da eine riesige Halle, umgeben von ca. 30 LKW-Ports. Das sieht doch sehr nach einem weiteren Logistikzentrum aus! Weder die Bürgerschaft noch (fraktionsübergreifend) die Politik konnte sich damit anfreunden. „Gegen das Möbelhaus haben wir gar nichts. Doch noch mehr Logistik in dieser vom Schwerlastverkehr gebeutelten Stadt kann keiner wollen. Außerdem verkraften die Straßen bis zur Autobahn in Hamborn und Meiderich diese zusätzlichen LKW nicht. Schon gar nicht mit dem Zusatzverkehr durch das neue Möbelhaus“ so Bezirksvertreter Herbert Fürmann (DIE LINKE.) in der Sitzung. Er stellte dann auch den Antrag, dass die Verwaltung prüfen möge, ob und wie hier ein Logistikstandort verhindert werden könnte. „Was die Stadt braucht ist Gewerbefläche für kleinere und mittlere Unternehmen. Das müsste auch im Bebauungsplan direkt festgelegt werden“ so Fürmann weiter. Der Antrag der LINKEN wurde einstimmig angenommen.

DU (b)ist links

Es gibt viele unterschiedliche Motive von Menschen, Mitglied bei der LINKEN zu werden. Aus unserer Serie „DU (b)ist links“ stellt sich heute Stephan Kleiböhmer vor.

Mein Name ist Stephan Kleiböhmer, ich bin 26 Jahre alt, Student, seit Anfang des Jahres aktives Parteimitglied.
Als Punk aus dem erzkonservativen Münsterland war Politik- oder besser Politikerverdrossenheit bei mir lange Programm, Überzeugung zum Parteieintritt dementsprechend schwer.
Die LINKE präsentierte sich mir als eine Partei, die sich „von Unten“ ohne Bevormundung für die Menschen stark macht. Heute nehme ich an den verschiedensten Stellen am Parteileben teil und betreibe Politik aus Notwehr.

Ich möchte nicht länger hinnehmen, dass öffentliche Daseinsfürsorge kaputtgespart, während zeitgleich der wachsende Wohlstand auf einige Wenige verteilt wird. Die LINKE ist zudem die einzige Partei, die entschieden und glaubhaft für Abrüstung und ein Verbot aller Waffenexporte kämpft. Angesichts des aktuellen politischen Klimas möchte ich ein gesellschaftliches und politisches Gegengewicht, nicht nur zu Neoliberalen und Kriegstreibern, sondern auch zu rechtem Gedankengut, stärken. Die LINKE ist dazu auch parlamentarisch fähig, während CDU/CSU und auch SPD die Probleme des Landes zur Sicherung ihrer Macht aussitzen. Ich habe dagegen bisher niemanden in der LINKEN kennen gelernt, der nicht aus reiner Überzeugung dabei wäre. Dies ist für mich eine große Inspiration, mich auch weiterhin für die Menschen zu engagieren. Ich konnte mich weiterentwickeln: Wer sich aus Frust zurückzieht, überlässt Politik denen, die ihn frustrieren. Den Frustrierten möchte ich sagen: Es ist Zeit, daran etwas zu verändern.

Kultur von unten – Der Rote Stern Ruhrort

Gastbeitrag Roter Stern Ruhrort

Inmitten von tristen Häuserfronten im multikulturellen Stadtteil Ruhrort haben einige linke Aktivistinnen und Aktivisten den Plan gefasst, einen linken Stadteilladen zu eröffnen.
Schon kurz nach der Idee befanden sie sich auf der Suche nach einer passenden Lokalität und fanden schließlich auf der Amtsgerichtstraße 15 einen passenden kleinen Laden.
In Eigenleistung und durch Spenden wurde der Laden in wenigen Wochen (nach der Arbeit) renoviert und eingerichtet.

Das Grundprinzip des „Roten Stern“ ist leicht erklärt: Solidarität. Jeder soll dort in den Räumlichkeiten mitmachen können. Alles gibt es gegen Spenden. Jeder gibt soviel er kann und es ihm wert ist. Damit der Laden aber läuft, sind die Betreiber auf die Aktivitäten der Nachbarn angewiesen. Bisher hat sich schon eine Stadteilband („Mit Schmackes“) gegründet. Einmal im Monat gibt es einen Mitmach-Brunch (jeden 3. Sonntag, ab 11 Uhr), einen Spielabend (jeden 2. und 4. Montag, ab 18:00 Uhr) und die ersten Vereine wollen ihre Aktivitäten in den Laden verlagern.

Geplant sind natürlich auch politische Veranstaltungen. In den Räumlichkeiten soll es möglich sein sich fortzubilden, an Vorträgen und Diskussionsrunden teil zu nehmen oder auch Aktionen für Demos vorzubereiten.

Die Verbindung von sozialem Leben im Stadtteil und politischen Aktivitäten ist den Betreibern sehr wichtig. Wir können nur hoffen, dass der „Rote Stern“ sehr lange und möglichst hell leuchten wird.

Roter Stern Ruhrort
Solidarischer Stadtteilladen

Der Duisburger Frühling 2068 - Eine DU-topie

Jens Gieseler,
Redaktion Standpunkt

Januar: Nach der erfolgreichen Weltrevolution des Vorjahres machen sich die Bürger (Citoyen) der Stadt daran diese wieder aufzubauen.

Februar: Für die Zerstörung der Stadt 2033 durch Hören Fink, Böck Höck und Horst Hofsee wird ein Gedenktag eingerichtet.

März: Überall entstehen im Duisburger Frühling Plena auf denen die Einwohner der Stadt darüber diskutieren wie neu zu denken ist.

April: Die deindustrialisierten Rhein- und Ruhrauen sind Hauptanlaufspunkt für neue Künstler- und Bürgerkollektive.

Mai: Auf den Maidemonstrationen werden die ersten Erfolge der Kollektive gefeiert. Wir befinden uns nun im ersten Jahr der Abschaffung der Lohnarbeit.

Juni: Dank der Übernahme der Arbeitsmaschinen und Roboter wird die Entfesselung des gesamten menschlichen Potentials möglich. Die Strände, Auen und Wälder der Stadt sind im sonnigen Sommer blumenbekränzt.

Juli: Internationale Gäste aus allen Kontinenten sind im Sommer geladen neue Formen des Zusammenlebens zu erproben.

August: Die Kollektive für Glück und Kunst stellen eine enorm hohe Produktivitätsrate fest.

September: Nach den enormen Erfolgen des Duisburger Frühlings beschließen die Duisburger Kollektive auf interkontinentale Reisen zu gehen um im ständigen Austausch zwischen den anderen Kollektiv-Republiken zu stehen.

Kapitän Sören: Wohin geht die Reise?

basis druck
Springwall 4
47051 Duisburg
Telefon (0203) 99 279 1
Fax (0203) 99 279 70
info@basis-druck.de
www.basis-druck.de